

# Sächsischer Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 RM. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs- teile 2,50 RM., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 RM., unter Eingeladn 6 RM. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenkass., Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 278

Mittwoch, 30. November

1921

## Die sächsische Regierung zur neuen Beamtenbesoldungsvorlage des Reichs.

(N.) Über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu der letzten Beamtenbesoldungsvorlage des Reichs sind in der Tages- und Hochpresse unrichtige Mitteilungen verbreitet worden. Es ist demgegenüber folgendes festzustellen:

Bei den vorbereitenden Besprechungen in Berlin hat sich die sächsische Regierung trotz Billigung der grundsätzlichen Absichten der Reichsregierung für eine ausreichende Erhöhung der Gehälter der unteren Beamtengruppen eingelassen. Insbesondere sind denn auch die Grundgehälter dieser Gruppen bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften über den ursprünglichen Plan hinaus angehoben worden. Der sächsische Regierung erschien jedoch diese Erhöhung keineswegs ausreichend. Sie hat deshalb im Reichsrat zunächst zwei Anträge gestellt, um die Gehälter der unteren Gruppen über die Vorlage hinaus zu erhöhen, und zwar forderte der erste Antrag die Staffelung der Ausdehnungsschritte, beginnend mit 25 Proz. für die Gehaltsstufe der Gruppen I bis IV, der zweite die Festsetzung eines Mindesttarifniveaus, ebenfalls zugunsten der Besoldungsgruppen I bis IV. Beide Anträge wurden im Reichsrat gegen wenige Stimmen abgelehnt. Da somit die erstrebte Verbesserung der Vorlage nicht zu erreichen war, hat die sächsische Regierung im Reichsrat ihre Stimmen gegen das Gesetz abgegeben, während mit Ausnahme von Thüringen, das sich der Abstimmung nach Abgabe einer Protesterklärung enthielt, alle übrigen Länder für das Gesetz gestimmt haben.

## Die politische Lage im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist gestern vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammengetreten. Von der Regierung waren der Reichskanzler und Außenminister Dr. Wirth, die Staatssekretäre Daniel, v. Simson und Schröder anwesend. Die Mitglieder des Ausschusses waren fast vollständig versammelt. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Abg. Stinnes, der als Mitglied des Ausschusses ebenfalls an der Sitzung teilnahm. Es wurde zunächst der Stand der deutschen Welt und die Weltlage besprochen. Über die Balkanfrage wurden von Staatssekretär Schröder Erklärungen abgegeben, an die sich eine eingehende Besprechung knüpfte, in der auch der Reichskanzler das Wort ergriff. Selbstverständlich wurde damit im Zusammenhang auch die Anleihefrage erörtert, und von mehreren Rednern wurde der Versuch gemacht, den Abg. Stinnes zu Mitteilungen über seine Londoner Reise und ihre Ergebnisse zu veranlassen. Hugo Stinnes reagierte hierauf nicht. Später sprach er zwar, beschränkte sich aber auf die Erklärung, er sei lediglich in Privatangelegenheiten in London gewesen und könne darüber keine Mitteilungen machen. Auch der Reichskanzler konnte auf einen dahingehenden Hinweis nur erwidern, er vermöge in bezug auf die Reise des Hrn. Stinnes keine andere Erklärung abzugeben, als die, daß er Hrn. Stinnes hier im Ausschuss begrüße. Über die augenblicklich brennendste politische Frage, nämlich Washington, wurde nicht ausführlich gesprochen; das Thema wurde in den Ausführungen einzelner Redner zunächst nur leicht hin berührt. Später allerdings breitete sich die Ansprache immer mehr über alle großen Fragen der auswärtigen Politik aus. In deren Rahmen wurde auch die Frage der Befreiung der Postfachposten in Washington und Rom erörtert. Der Kanzler beantwortete eine Reihe von Fragen, darunter auch die wegen der beiden Postfachposten, indem er sagte, es stehe noch nicht fest, wie sie besetzt würden. Die erwartete Rede des Kanzlers über Washington unterblieb. Hugo Stinnes hat es bisher auch gegenüber den Mitgliedern der Reichsregierung abgelehnt, Mitteilungen über seine Verhandlungen in London zu machen.

## Eine internationale Gewerkschaftsreise durch Deutschland.

Wir haben schon wiederholt in den letzten Tagen auf die Reise hingewiesen, die auf Einladung der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen und der deutschen Beamtenverbände eine Anzahl von Teilnehmern an der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf durch die deutschen Wirtschaftszentren unternommen hat, um die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und die Lebensbedingungen seiner wertvollen Bevölkerung zu studieren. Die Studiengruppe ist von dem früheren Reichswirtschaftsminister Wiffell als Führer begleitet.

Nach einem Aufenthalt in München, Nürnberg, Frankfurt, Köln, Gießen, Düsseldorf und Erfurt sind die Teilnehmer an der Reise nunmehr in Berlin eingetroffen. Wie in anderen Städten, so sollen auch in der Reichshauptstadt besonders die deutschen Werte besichtigt werden, deren Sonderstellung als Reichsberufsbetriebe und als Gegenstand einer besonders sorgfältigen Kontrolle der Ententeorgane die allgemeine Aufmerksamkeit erweckt hat. Zur Begleitung der Gäste veranstalteten die Spitzenverbände der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen vorgezogen im Rheingold in Berlin einen Begrüßungsabend, zu dem Reichskanzler Bauer, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt und Staatssekretär Hirsch erschienen waren. Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann, hielt die Begrüßungsansprache. Besonders nachdrucksvoll legte er auf die Versicherung, daß das deutsche Volk, vor allem aber die deutsche Arbeiterklasse, die alle Kräfte setze, um die eigene Existenz zu sichern und die Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, jeden Revanchegedanken ablehne. Es sei eine Unwahrheit, wenn behauptet werde, daß die Arbeiter Vorbereitungen für den Krieg zu fördern oder auch nur zu dulden bereit seien. Die Reise habe ihren Zweck erfüllt, wenn sie alle Teilnehmer von dem friedfertigen Charakter des deutschen Volkes überzeuge.

Unter den Reiseleiterinnen befinden sich neben Vertretern englischer, skandinavischer, französischer, italienischer und schweizerischer Zeitungen der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Léon Jouhaux, der Präsident und der Vizepräsident des kanadischen Gewerkschaftsbundes Tom Morce und Arthur Martel, der Arbeitsminister der Provinz Ontario, Poole, der

Unterstaatssekretär des kanadischen Arbeitsministeriums Gerald D. Brown, der Generalsekretär des englischen Eisen- und Stahlarbeiterbundes, Arthur Pugh, Prof. Dr. Nakaya aus Tokio und der Präsident des japanischen Arbeitgeberverbandes und der Handelskammer Tokio, Seiji Yoshino, Nicolas de Fridman-Kochetsoi als Vertreter der nordamerikanischen Kreditorganisation der Landwirtschaft, und Alex. Colley Limphod von der amerikanischen Handelskammer in Paris, Joseph Giuseppe Bianchi vom italienischen Gewerkschaftsbund und schließlich der Präsident des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes Crawford und seine Gattin, die das Amt des zweiten Bürgermeisters von Johannesburg bekleidet.

In zwangloser Ansprache gab sich bei diesem Begrüßungsabend Gelegenheit, mancherlei Kenntnisse und Erkenntnisse auszutauschen. Überstimmend wurde von den in Paris anwesenden Amerikanern und Neuzulässigen berichtet, daß man in Deutschland den Einfluß Frankreichs auf die Entente-Entscheidungen überzeuge. Frankreich erscheine häufig als verantwortlich für Aktionen, deren treibende Kraft in Wahrheit England sei.

Von Berlin aus gedenkt sich die Studiengruppe zunächst nach Hamburg und von dort aus noch in einige andere norddeutsche Städte zu begeben.

Western besuchten etwa 40 Teilnehmer dieser Studiengruppe in Genf die Trümmern der Werke in Spandau und Havelhorst. Unter Führung von leitenden Persönlichkeiten und Mitgliedern des Betriebsrats der Werke wurde ihnen ein großer Teil der jetzt wieder in lebhafter Produktionsfabrikation begriffenen Werksstätten gezeigt und besonders auch ihr Augenmerk auf die Teile der Werke gerichtet, die durch die letzten Maßnahmen der Internationalen Kommission zum Stillstand oder zur Herabsetzung verurteilt sind. Dem dunklen Grund, den die vielen stillstehenden Maschinen und die zahlreichen gesprengten Gebäude hervorriefen, konnten sich auch die ausländischen Besucher nicht entziehen. Aber all das, was ihnen gezeigt wurde, bewies erneut, daß die Umstellung der ehemaligen Feindeswerksstätten auf Produktion von Friedenserzeugnissen harmloserer Art vollständig durchgeführt und eine Wiederaufnahme der Herstellung von Kriegsmaterial ohne jahrelange Vorbereitungen gänzlich unmöglich ist.

## Der Streit um die Verteilung der Reparationen.

Die der „Temps“ mitteilt, hat die englische Regierung vor einiger Zeit eine Note in Paris überreichen lassen, in der sie die französische Regierung um Aufklärung ersucht, auf welche Weise sie im Falle der Durchführung des Wiesbadener Abkommens die Interessen der übrigen Gläubiger Deutschlands sicherzustellen beabsichtige. Die Note weist ferner darauf hin, daß infolge des französischen Widerstandes das Finanzabkommen vom 13. August, das die Verteilung der von Deutschland gezahlten ersten Goldmilliarde zwischen den verschiedenen zum Ziele hatte, noch immer nicht ratifiziert sei, und daß nach Ansicht der englischen Regierung vor der endgültigen Regelung dieser Frage kein anderes auf die Reparationen bezüglichen Abkommen besprochen werden könne. Die Antwort der französischen Regierung soll bereits vor drei Wochen nach London abgegangen sein. Der „Temps“ behauptet, ihren Inhalt nicht zu kennen und betont, daß die Ausführungen, die er an diese Mitteilung knüpft, lediglich seine eigene Meinung wiedergeben. Man wird aber kaum fehlgehen in der Annahme, daß diese Meinung des Blattes nicht mit der der offiziellen französischen Stellen deckt, weshalb auch ihr das Hochstehende wiederzugeben sein möge.

Der „Temps“ legt zunächst Wert darauf, zum soundsovielten Male zu versichern, daß das Wiesbadener Abkommen nichts weniger als vorteilhaft für Frankreich sei, und daß die französische Regierung, die mit der Zustimmung zu den Sachleistungen lediglich Deutschland die Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen habe erleichtern wollen, ein Opfer im Interesse der Alliierten gebracht habe. Wenn diese anderer Ansicht seien, so sei Frankreich jederzeit bereit, von dem Abkommen zurückzutreten und darauf zu bestehen, daß Deutschland sich seiner Reparationspflicht in der entliege. Im übrigen hätte der englische Girmand, daß

Frankreich infolge des Wiesbadener Abkommens in den nächsten Jahren mehr erhalten als ihm zustehe, während die anderen Gläubiger unter Umständen nicht einmal den ihnen zukommenden Anteil erhielten, im Augenblick nur adaltemischen Wert. Der Anteil Frankreichs an den deutschen Jahreszahlungen betrage ungefähr 1500 Mill. Goldmark. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Deutschland in entsprechender Höhe Waren und Materialien liefern könne. Bedeutend schwerer sei die englisch-französische Meinungsverschiedenheit wegen des Finanzabkommens vom 13. August. Frankreich table an diesem Abkommen besonders, daß es zu Frankreichs Nachteil Grundzüge und Bestimmungen annehme, die man in anderen Fällen nicht besetzt habe. Während das Abkommen Frankreich den Gegenwert der Saarbergwerke anrechne, sei das bei anderen Vermögensobjekten, die andere Alliierte aus der deutschen Masse erhalten hätten, nicht der Fall. So seien dem allgemeinen Reparationsfonds allein 300 Millionen Goldmark dadurch entzogen worden, daß man die Kohlen, die einzelne der Alliierten aber den ihnen zustehenden Anteil erhalten hätten, abzurechnen verweigert habe. Es habe wenig Zweck, sich heute über diese Einzelheiten zu unterhalten. Entscheidend sei vor allem die Tatsache, daß Frankreich von der ersten deutschen Goldmilliarde nichts erhalten solle, und daß es infolge der Priorität Belgiens von den am 15. Januar und 15. Februar n. J. fälligen Zahlungen ebensowenig erhalten werde. Frankreich wolle nicht an belgische Rechte rühren. Es erhebe nur die Frage, ob es zulässig sei, daß es bei der Verteilung der deutschen Darlehen völlig leer ausgehe, obwohl man in Kreisen der Alliierten ganz offen der Ansicht Ausdruck gebe, daß diese Zahlungen auf lange Zeit hinaus vielleicht die letzten sein würden.

## Deutschlands Einladung nach Washington.

Die amerikanische Diplomatie hat sich von jeher durch eine Großzügigkeit ausgezeichnet, die außer etwa von England von keinem Lande der Welt je erreicht wurde. Sie begnügt sich nicht mit kleinen zeitlichen Erfolgen, sie stellt vielmehr Perspektiven von langer Sicht in Rechnung und erzielt damit Wirkungen, die durch die glänzende Vorbereitung aller Einzelheiten selbst dann überdauern, wenn der Betrachter der leidende Teil ist. Diese Methode verleiht den amerikanischen Staatsmännern zugleich die Möglichkeit, bei ihren Unterhandlungen eine schneidende Offenheit an den Tag zu legen, die man auf den ersten Blick als Naivität zu deuten verneint, bis man eines Tages gewahr wird, daß diese vermeintlich offene Kartenpolitik nur die Aufgabe hatte, die Trümpfe, die Amerika in der Hand hat, nach außen hin zu verdecken. Auf der anderen Seite verleiht die freimütige Art des politischen Ausdrucks den Leitern der amerikanischen Politik die Möglichkeit, mit gewissen Worten zu spielen, die dem Verstande des gemeinen Mannes in allen Ländern schmeicheln und dadurch der amerikanischen Regierung einen Rimbuss verleihen, der ihrer Autorität im Rate der Völker zugute kommt. Auf diese Weise kann heute die amerikanische Union selbst in rein europäischen Fragen eine Bedeutung für sich in Anspruch nehmen, die ihr in der Vorkriegszeit nicht zugemessen werden konnte. Alle Blicke sind heute nach Washington gerichtet, wo Fragen der großen Politik zwar nicht durch die amerikanische Regierung allein entschieden, aber doch wesentlich beeinflusst werden sollen durch das moralische Gewicht, das die Vereinigten Staaten auszuüben vermögen. Nur Amerika konnte es wagen, mit dem drohenden Antrage einer allgemeinen Förtensabstimmung vor die übrigen Mächte zu treten, nur Amerika konnte die Initiative zur Regelung der Fragen des fernsten Ostens und des Stillen Ozeans ergreifen, nur Amerika kann eine wirksame Regelung der Landobristung und der sonstigen großen internationalen Probleme, die durch den Versailler Friedensvertrag aufgeworfen worden sind, in Szene setzen.

Jeder andere Verbündeter, der es gewagt haben würde, aus der Allianz auszuweichen und einen Sonderfrieden mit Deutschland abzuschließen, würde sich der schwierigsten Lage gegenüber den anderen Verbündeten ausgesetzt haben. Amerika aber konnte diesen Schritt unternehmen, ohne die geringste Gefahr, an seinem Prestige etwas einzubüßen. Im Gegenteil, sein selbständiges Vorgehen hat seine Autorität unter den Mächten noch erheblich gehärtet. Dasselbe gilt von seiner Haltung gegenüber dem Völkerbund, von dem es sich geschildert ferngehalten, und den es dadurch recht eigentlich zum bloßen Dasein eines Kumpfparlamentes verurteilt hat. Das Streben der Washingtoner Regierung ging von jeher darauf aus, einen neuen Rat der Völker zu schaffen, der mehr dem Ideal entspricht, das man sich in Amerika von dem gemeinsamen Wirken der Mächte zum Nutzen des Wiederaufbaues der Welt gemacht hat. Diesem Ziele ist die amerikanische Regierung jetzt, wie es scheint, erheblich nähergekommen. Mit nicht geringer Überraschung sehen sich die Teilnehmer der Washingtoner Konferenz vor der Tatsache, daß sie im Grunde genommen zusammengerufen worden sind, um die Gründung eines neuen Weltparlamentes Vorparlamentes zu leisten, in dem es keine durch irgendwelche egoistische Motive ausgeschlossenen Staaten mehr geben wird. Die jetzige Konferenz soll mindestens alljährlich eine Fortsetzung in Washington finden, auf der die großen Fragen der internationalen Politik geregelt werden sollen. Auch Deutschland, das der Genfer Völkerversammlung auf Wunsch Frankreichs bisher nicht angehört durfte, wird zu dieser neuen Liga der Nationen eingeladen werden, und so wird eines Tages der völlige Zusammenschluß der Welt im Dienste einer großen Idee mit amerikanischer Hilfe Wirklichkeit werden. Frankreich freilich ist von diesem Gedanken wenig erbaud, und Briand, der französische Vertreter im Völkerbund, hat bereits zu vernehmen gegeben, daß es gegen eine Beteiligung Deutschlands an diesem neuen Völkerbunde kein Wort anmelden werde. Aber auch über diesen Protest wird die Geschichte hinwegschreiten in ihrem unerbittlichen Gange, alle Hindernisse aus

in der  
en in  
werden.  
en  
Ar. 6,

pe